Zeitschrift: Zeitlupe : für Menschen mit Lebenserfahrung

Herausgeber: Pro Senectute Schweiz

Band: 77 (1999)

Heft: 9

Artikel: Europarat: Politische Erklärung der Gesundheitsminister :

Gesundheitspflege - ein soziales Grundrecht

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-724992

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Europarat: Politische Erklärung der Gesundheitsminister

Gesundheitspflege – ein soziales Grundrecht



Am 22. und 23. April dieses Jahres fand in Athen die 6. Konferenz der europäischen Gesundheitsminister zum Thema «Altern im 21. Jahrhundert» statt. In einer allgemeinen Erklärung hielten die Teilnehmenden die Ziele der Alterspolitik in ihren Ländern fest.

ie Alterspolitik gewinnt zunehmend an Bedeutung und entwickelt sich zu einer eigentlichen Bewegung», sagt Florence Gaillat, stellvertretende Leiterin der Stabsstelle Internationales beim Bundesamt für Gesundheit. Als Mitglied der vierköpfigen Schweizer Delegation verfolgte sie an der Ministerkonferenz in Athen die Diskussionen über die Grundsätze und Ziele der europäischen Alterspolitik. Damit stellen sich die Gesundheitsminister den ethischen, sozialen, gesundheitspolitischen und wirtschaftlichen Fragen, die sich durch die ständig steigende Zahl älterer Menschen in ihren Ländern ergeben.

An der diesjährigen Konferenz nahmen 32 Mitgliedstaaten des Europarates – die Hälfte von ihnen war auf Ministerebene vertreten – einige Länder als Beobachter und verschiedene Internationale Organisationen teil.

Autonomie auch im Alter

Als wichtig wurde von den Anwesenden das Ergreifen aller Massnahmen erachtet, welche älteren und alten Menschen möglichst lang Unabhängigkeit und Selbstständigkeit – und damit

Wohlbefinden – ermöglichen. Die Förderung der Gesundheit, vorbeugende Massnahmen zu ihrer Erhaltung, die Zusicherung aktiver Pflege bei behandelbaren Krankheiten, verschiedene Hilfeleistungen zur Unterstützung von pflegenden Familien und gezielte Rehabilitationsmassnahmen sollen einen frühzeitigen Autonomieverlust verhindern helfen.

Solidarität und Zusammenhalt

Mit ihrer allgemeinen politischen Erklärung schliesst sich die Ministerkonferenz dem Motto des Internationalen Uno-Jahres «Alle Generationen – eine Gesellschaft» an. Der Zusammenhalt unter den Generationen soll gefördert werden, indem in den Mitgliedstaaten ein realistischeres (und damit auch positiveres) Bild des Alterns geschaffen wird. Ältere Bürgerinnen und Bürger mit ihrem Erfahrungsschatz und ihrer Kompetenz müssen in der Gesellschaft integriert bleiben und als vollwertiger Teil akzeptiert werden. Durch die Sicherstellung einer sozialen Infrastruktur und die Förderung einer positiven Lebenseinstellung sollen die älteren Menschen ihrerseits motiviert werden, sich weiterhin für diese Gesellschaft und ihren Platz darin zu interessieren.

Auf diesem Solidaritätsgedanken basiert schliesslich auch die Überzeugung, dass der Zugang zu Prävention, Gesundheitspflege und Behandlung für alle Menschen, unabhängig von ihrem Alter, gelten muss. In den Mitgliedstaaten sollen diskriminierende Kriterien im Gesundheitswesen bekämpft und eliminiert werden.

Effizienz in der Pflege

Die Schweizer Delegation wurde angeführt von der Gesundheitsdirektorin des Kantons Appenzell Ausserrhoden, Alice Scherrer-Baumann. In ihrer Intervention brachte sie den heiklen Punkt der Effizienz in der Pflege zur Sprache. Sie löste damit eine lebhafte Debatte aus, da sich gerade die im Bereich der Pflege erbrachten Leistungen nicht nach den üblichen volkswirtschaftlichen Kriterien messen lassen. In ihrer Intervention plädierte Alice Scherrer-

Baumann deshalb für mehr Freiraum für pflegende Organisationen und Institutionen: Erfahrungen würden zeigen, dass mit kreativen und fantasievollen Projekten die Wirksamkeit der Pflege verbessert werden könne.

Die von den Gesundheitsministern verabschiedete Erklärung hat keinen verbindlichen Charakter. Die interessanten Diskussionen, Interventionen und Auseinandersetzungen wertet Florence Gaillat aber als Zeichen für das wachsende Interesse an einer glaubwürdigen Alterspolitik in den Mitgliedstaaten. Wie ernsthaft sich die europäischen Länder mit dieser Herausforderung auseinandersetzen, zeigt sich auch daran, dass die nächste Konferenz bereits geplant ist: Im Herbst treffen sich die Mitgliedstaaten der Europäischen Union in Finnland, um gezielt Fragen rund um die Unabhängigkeit im Alter zu diskutieren.



ZEITLUPE 9/99